



Flüchtlingshilfe nachhaltig und aktiv gestalten

Die Flüchtlingszahlen in Deutschland/Hessen steigen stetig an, insbesondere auch durch die Entwicklung in Syrien und in den ostafrikanischen Ländern wie Äthiopien und Eritrea. Vor diesem Hintergrund fordert die CLAG Soziale Sicherung, dass die politischen Entscheidungsträger eine neue Willkommenskultur auf Bundes- und Landesebene entwickeln und Entscheidungen treffen, die eine Reihe von Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene für eine nachhaltige Flüchtlingspolitik einschließen.

Auf der Landesebene fordert die Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft:

-den Aufbau bedarfsgerechter Hilfestrukturen und professioneller Migrationssozialarbeit, z. B. durch finanzielle Sicherung einer unabhängigen Flüchtlingsberatung.

-Landesweite Mindeststandards zu etablieren bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Diese Standards müssen überprüft und gegebenenfalls bei Nichteinhaltung auch sanktioniert werden.

-die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft zeitlich auf ein Minimum zu beschränken, und Formen des eigenständigen Lebens insbesondere für Familien zu ermöglichen und auszubauen sowie bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen.

-Zugänge zu Integrations- und Sprachkursen, zu Bildungseinrichtungen und niederschweligen Wege in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, damit Flüchtlinge eigenständig ihren Lebensunterhalt bestreiten können anstatt von Transferleistungen leben zu müssen.

-Der Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Spracherwerb, zur Gesundheitsversorgung, zur Schule und zu Qualifizierungsmaßnahmen muss allen ermöglicht werden.

-Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zügig im Rahmen des Hessischen Berufsamerkenngsgesetzes (HBQFG) umzusetzen.

Hierfür soll es eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des zuständigen Ministeriums mit Beteiligung von Kommunalen Spitzenverbänden, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, Vertreter der Migranten-Organisationen und Vertretern der Freien Wohlfahrtspflege eingerichtet werden.



Hessen Caritas

Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Sicherung

Bundespolitische Entscheidungen sind zu treffen:

- durch die Aufhebung des Optionszwanges, die eine Mehrstaatlichkeit akzeptiert.
- durch die Umsetzung einer alters- und stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz, um Kettenduldungen zu beenden und eine dauerhafte Lebensperspektive zu entwickeln.
- durch die Beschleunigung in der Bearbeitung und Durchführung des Asylverfahrens, um unnötige Wartezeiten und Unsicherheiten für die Betroffenen zu beenden.
- durch den Ausbau und die Verstärkung des Resettlements als eine weitere Möglichkeit humanitärer Flüchtlingsaufnahme.
- durch die Abschaffung der Residenzpflicht mit Bewegungsfreiheit im gesamten Bundesgebiet, um Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen zu können.
- durch die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes bzw. die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes bzgl. der Höhe der Sozialleistungen, zumindest jedoch die Aufgabe des Sachleistungsprinzips und der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung.
- durch die Umsetzung der Kinderrechtskonvention für junge Flüchtlinge mit Heraufsetzung der Handlungsfähigkeit auf 18 Jahren im Asylverfahren.
- durch die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge aus aktuellen Krisengebieten wie Syrien.
- Aufhebung des Arbeitsverbotes

**Beschlossen von der Delegiertenversammlung der Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Sicherung am 28.03.2014**